A7NEU 7. Kapitel: Finanzen

Antragsteller*innen:

Kapitel Finanzen

Wir GRÜNE wissen, dass eine nachhaltige Finanzpolitik die Grundlage für den politischen Handlungsspielraum von Gemeinderat und Verwaltung ist. Allerdings wird in Mannheim nach wie vor das Mantra des Verbots der Nettoneuverschuldung gepredigt. Dies bedeutet aber, dass faktisch viele wichtige Investitionen sowie Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen nicht durchgeführt werden und die Mannheimer Infrastruktur leidet. Wir GRÜNE wollen den Sanierungsstau auflösen und als erstes die versteckte Verschuldung, auch implizite Verschuldung genannt, abbauen.

Handlungsspielraum bei Sanierungen und Instandhaltungen

Es gibt bei Straßen, Brücken, Schulen und anderen Gebäuden einen großen Rückstand bezüglich Sanierung und Instandsetzung. Hier wollen wir ansetzen und die Mannheimer Infrastruktur sanieren und modernisieren. Teilweise verliert unsere Infrastruktur massiv an Wert, wenn nicht umgehend investiert wird. Gerade in Zeiten niedriger Zinsen sind nicht getätigte Instandhaltung und Sanierung ein großes Verlustgeschäft und machen die Stadt ärmer. Wir GRÜNE wollen daher das pauschale Verbot der Nettokreditaufnahme streichen und so für die Stadt Handlungsspielraum zurückgewinnen.

Transparente Haushaltspolitik

Wir GRÜNE wollen mehr Transparenz in den städtischen Haushalt bringen und die politischen Beteiligungsmöglichkeiten der Bevölkerung stärken. Die Stadt Mannheim hatte bereits mit einem Beteiligungshaushalt im Jahr 2015 begonnen, der auf große Resonanz gestoßen ist. Dieser Prozess wurde im Jahr 2017 leider nicht fortgeführt. Wir wollen den Bürger*innen die Möglichkeit geben sich auch bei den wichtigsten Entscheidungen auf kommunaler Ebene einzubringen. Die städtischen Beteiligungen stellen ihre Bilanzen bisher nur nach den gesetzlich vorgeschriebenen kaufmännischen Regeln auf. Das bedeutet, dass diese Bilanz nur die ökonomischen Ergebnisse des Unternehmens darstellen und soziale und ökologische Auswirkungen ausgeblendet werden. Als Stadt, die sich der Nachhaltigkeit verpflichtet sieht, kann die kaufmännische Bilanzierung allein nicht ausreichen. Wir GRÜNE konnten den Einstieg in die Gemeinwohlbilanzierung für zwei Beteiligungen durchsetzen. Dies muss nun zügig umgesetzt werden. Wir wollen dann die Ergebnisse auswerten und auf der Grundlage der Auswertung dann Stück für Stück die weiteren städtischen Beteiligungen, beginnend mit der GBG und dem Uniklinikum, in die Gemeinwohlbilanzierung einbeziehen.

Divestment - die Stadt muss vorangehen

Auch bei städtischen Geldanlagen müssen mehr Faktoren als nur die Rendite berücksichtigt werden. Wir wollen prüfen, wo städtische Gelder in umwelt- und klimaschädlichen Bereichen angelegt sind und dann Stück für Stück aussteigen. Wir GRÜNE setzen uns für Divestment bei klimaschädlichen Aktivitäten ein. Die indirekte städtische Beteiligung am Kohlekraftwerk des GKM steht dabei ganz oben auf der Liste des Divestments.

Neuordnung der städtischen Beteiligungen

Insgesamt wollen wir die städtischen Beteiligungen neu strukturieren. Die Stadt Mannheim hat eine enorme Anzahl von Beteiligungen, vom Verkehrsunternehmen über das Universitätsklinikum bis hin zur Wohnungsbaugesellschaft. Über Jahrzehnte haben sich Strukturen gebildet, die nun teilweise nicht mehr angemessen sind. Die bisherige städtische Beteiligungsgesellschaft (SMB) hat ihre steuersparende Funktion verloren und kann als Holding aufgelöst werden. Wir GRÜNE wollen die Beteiligungen der Stadt neu ordnen und auch das Controlling dieser Beteiligungen neu strukturieren. Die Beteiligungen der Stadt sollen zukünftig stärker die städtischen Ziele verfolgen. Die seit Jahren ausstehenden strategischen Entwicklungspläne für die Tochterunternehmen der Stadt müssen endlich angegangen werden.

Daseinsvorsorge ist Aufgabe der Stadt

Nicht zur Debatte steht für uns der Bereich der Daseinsvorsorge. Die Daseinsvorsorge ist die zentrale Aufgabe der Kommunen. Dazu gehören selbstverständlich die wichtigen Bereiche der Krankenversorgung und die Sicherstellung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum. In Mannheim werden diese bedeutenden Aufgaben durch das Universitätsklinikum (UMM) und die Wohnungsbaugesellschaft GBG umgesetzt. Wir GRÜNE wollen diese dauerhaft absichern und werden uns konsequent gegen Verkauf und Privatisierung dieser wichtigen städtischen Tochtergesellschaften stellen

Fairer Umgang mit freien Trägern und Zuschussempfängern

Die Stadt Mannheim erledigt nicht alle ihre Aufgaben selber, sondern vergibt gemäß dem Subsidiaritätsprinzip Aufgaben an Dritte - gerade im Sozial- und Jugendbereich. Dafür zahlt die Stadt diesen Institutionen einen Zuschuss. In vielen Fällen, gerade bei kleineren Trägern, wurde dieser Zuschuss einmal festgesetzt und danach über viele Jahre nicht mehr erhöht. Mit dem Zuschuss wird aber in den meisten Fällen Personal finanziert. Die Träger geraten finanziell unter Druck und müssen zu Lasten des Personals sparen. Das wollen wir beenden. Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass Personalkostenzuschüsse an Dritte dynamisiert werden, also analog der Personalkostensteigerungen erhöht werden. Unser Ziel sind nicht nur faire Arbeitsbedingungen bei der Stadt selbst, sondern auch bei denjenigen, die für die Stadt Aufgaben erledigen.